

JOHANNES  
GUTENBERG  
UNIVERSITÄT  
MAINZ

Veröffentlichungen des  
Interdisziplinären Arbeitskreises Dritte Welt

Band  
**16**

## Terrorismus und Dritte Welt

Herausgegeben von Günter Meyer, Robert Pütz und Andreas Thimm



## **Der 11. September 2001 und seine Auswirkungen auf den Nahostkonflikt**

**Ludwig Watzal**

Die Terroranschläge in New York City und Washington haben das Selbstverständnis der Vereinigten Staaten zutiefst getroffen. Das Symbol ökonomischer Macht, das World Trade Center, kollabierte und das Symbol militärischer Überlegenheit, das Pentagon, wurde erheblich beschädigt. Ein weiteres Flugzeug, das vermutlich das Zentrum der politischen Herrschaft, das Weiße Haus, hätte zerstören sollen, wurde durch Kampfhandlungen an Bord zum Absturz gebracht. Ob die Täter sich dieser Dimension und der Konsequenzen im Klaren waren, mag dahingestellt sein. Ihre Tat hat der amerikanischen Seele und dem Selbstbewusstsein tiefe Wunden geschlagen. Seither befinden sich die USA in einem einseitig erklärten Kriegszustand gegen den Islam, speziell den politischen Islam. Dieser Anschlag hat zu einer weltweit nicht gekannten Welle der Solidarität mit der westlichen Führungsmacht geführt. Das westliche Verteidigungsbündnis, die Nato, erklärte den Bündnisfall laut Artikel 5 des Nato-Vertrags. Demzufolge wurde dieser Angriff auf die USA als ein Angriff gegen alle begriffen, obwohl es keinen kriegerischen Angriff von außen gegeben hatte. Ob diese Treueschwüre politisch klug waren und überall durchgehalten werden können, kann bezweifelt werden. Ein Teil des Westens hat sich bis heute nicht die Mühe gemacht, die wirklichen Ursachen dieser Anschläge deutlich beim Namen zu nennen und daraus die politischen Konsequenzen zu ziehen. Wenn die USA weiterhin ihre Ursachenforschung so einseitig betreiben und ausschließlich militärisch reagieren, wird dieser „Krieg gegen den Terror“ gravierende Folgen für den Westen haben.

Die Anschläge in New York City und Washington am 11. September 2001 haben die Agenda in den internationalen Beziehungen von Grund auf verändert. Sie haben zu einem Paradigmenwechsel in der US-Außenpolitik geführt. Seither gilt die Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“ in all seinen Schattierungen als wichtigste Aufgabe internationaler Politik. Aspekte sozialer Gerechtigkeit, der Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung sowie des Rechtes auf Selbstbestimmung sind nicht nur in Verruf geraten, sondern werden als Terrorismus gebrandmarkt. Militärische Sicherheit wurde zur dominanten, wenn nicht sogar alleinigen Größe interna-

tionaler Politik. Die USA als Hypermacht bestimmen jetzt die politische Agenda und üben erheblichen Druck auf alle Beteiligten aus. Sie definieren, wer als Terrorist zu gelten hat und wer nicht. Wie sagte US-Präsident George W. Bush nach dem 11. September: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns! Eine zutiefst arrogante Haltung, da kein Staat diese Entscheidung treffen muss. Insbesondere gegen den Anti-Terror-Krieg gegen den Irak und die damit verbundene simple Sichtweise internationaler Politik regte sich in einigen Staaten Europas und der arabischen Welt Widerstand.

Einer der ersten Staaten, die sich der von den USA ins Leben gerufenen „Anti-Terror-Allianz“ anschließen wollten, war Israel. Endlich, so schien es, verstanden die anderen Staaten das Anliegen Israels: den Widerstandskampf eines von militärischer Okkupation strangulierten Volkes als „Terrorismus“ zu sehen. Die Enttäuschung unter der herrschend Klasse in Israel war groß, als die USA die Mitgliedschaft des Landes in dieser Allianz nicht wünschten. In einer Art „Black out“ verglich der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon die Lage seines Landes mit derjenigen der Tschechoslowakei 1938. Die US-Führung sah ihm diesen Fehltritt nach, wie sie überhaupt zu den permanenten Menschenrechts- und Völkerrechtsverstößen Israels schweigt. Seither gebärdet sich Israel wie eine wildgewordene Kolonialmacht, deren Politik und „Ansprüche“ auf die besetzten Gebiete immer weniger verstanden werden. Eine regionale Supermacht führt einen Krieg gegen ein Dritte-Welt-Volk, das um seine Selbstbestimmung und Freiheit kämpft. Es ist ihm gelungen, der internationalen Staatengemeinschaft zu erzählen, dieser Freiheitskampf sei „Terrorismus“.

Es ist aber nicht hinreichend, nur über Terrorismus zu sprechen und die Besatzung zu ignorieren. Beide sind keine Zwillingsbrüder, sondern Terrorismus ist der illegitime Abkömmling der Besatzung. Das heißt, die Ursache des palästinensischen Terrorismus ist nicht die Gewalt und der Terror der Palästinenser, sondern die brutale israelische Okkupation. Über deren Beendigung muss primär verhandelt werden, weil dann die Grundlage für die palästinensische Gegenwehr entfallen würde. Es gibt nach Völkerrecht eine Grundlage für Besatzung, aber für eine kurze, begrenzte Zeit und nicht für 35 Jahre; ebenfalls gibt es das Widerstandsrecht – und darum handelt es sich beim „palästinensischen Terrorismus“, aber nicht gegen unschuldige Personen. Beide Sachverhalte sind mörderisch: unschuldige Israelis werden Opfer des Terrors; unschuldige Palästinenser werden zu Opfern der Besatzung.

Seit dem Scheitern von Camp David im Juli 2000 wird in Israel und Palästina wieder Krieg geführt. Es herrscht nicht Friede im „Heiligen Land“, sondern die Gewalt. Der „Friedensprozess“ zwischen Israel und den Palästinensern ist tot. Er

Häuserzerstörungen, Ausgangssperren, „ethnische Säuberungen“ in Ost-Jerusalem, willkürliche Tötungen durch sogenannte „Todesschwadronen“ (verdeckte Einheiten, die sich als Araber verkleiden und unliebsame Palästinenser liquidieren), sowie Demütigungen und Schikanen von Palästinensern auf allen Ebenen.

Das Paradoxe an der Lage der Palästinenser ist, dass auch die palästinensische Autonomiebehörde die Menschenrechte der eigenen Landsleute verletzt. In der siebenjährigen Regierungszeit des Arafat-Regimes wurden bereits 26 Palästinenser durch die eigenen Geheimdienste zu Tode gefoltert. Fünf Todesurteile wurden vollstreckt. Einschüchterungen, Rechtlosigkeit und Willkür seiner zwölf Geheimdienste gehören zum Alltag. Die Korruption und die persönliche Bereicherung in Arafats „Inselreich“ ist sprichwörtlich. Seit Beginn der Al-Aqsa-Intifada am 29. September 2000 hat die Drangsalierung der eigenen Bevölkerung durch Arafat nachgelassen. Alle Kräfte gegen den „Feind“ müssen gebündelt werden, heißt es. Das autoritäre Regime Arafats kann aber nur adäquat beurteilt werden, wenn man den Druck seitens Israels und der USA mit berücksichtigt. Beide verlangen von ihm, aggressiver gegen die Radikalen und die sogenannten „Feinde des Friedens“ vorzugehen, sie zu verhaften und einige an Israel auszuliefern. Dies hat Arafat dadurch umgangen, dass er Verdächtige umgehend von seinem dubiosen „Staatsgerichtsgericht“ aburteilen lässt, um sie vor der Auslieferung an Israel zu „schützen“. Alle einmal Verurteilten brauchen nicht an Israel ausgeliefert zu werden. Würde sich Arafat, nachdem über 1.600 Palästinenser getötet worden sind, jetzt dem Druck Israels beugen, käme dies in den Augen der Bevölkerung einer Kapitulation gleich. Zu Beginn des „Friedensprozesses“ schien es, als hätten die Besetzten ihre Besatzer legitimiert und mit ihnen gemeinsame Sache gemacht. Eine ehemalige Befreiungsbewegung degenerierte zum Hilfssheriff der Besatzer; eine wahrhaft historische Novität!

In der Öffentlichkeit wird immer wieder der Eindruck erweckt, als stünden sich in diesem Konflikt zwei ebenbürtige Gegner gegenüber. Davon kann keine Rede sein. Israel als eine regionale Hegemonialmacht führt einen offenen Krieg gegen ein unbewaffnetes Dritte-Welt-Volk, das um seine Freiheit und Selbstbestimmung kämpft. Auf der einen Seite steht Israel als Besatzungsmacht, ausgestattet mit modernster amerikanischer Militärtechnologie, Atomraketen sowie biologischen und chemischen Waffen. Auf der anderen Seite stehen palästinensische Jugendliche und Kinder mit Steinen, Kalaschnikows und einigen Mörsergranaten bewaffnet. Selbst Arafats Polizeitruppe und seine diverse Geheimdienste sind keine militärische Bedrohung für Israel. Nicht Israel steht am Rande des Abgrunds, sondern die Palästinenser. Nicht Israels Existenz ist bedroht, sondern die der Palästinenser. Zur ver-

zertrten Wahrnehmung im Westen tragen die Terroranschläge der verschiedenen islamistischen Gruppen in Israel bei, die der palästinensischen Sache enorm schaden und nicht zu rechtfertigen sind. Dass Israel meint, mit gleicher Münze zurückzuschlagen zu müssen wie die Terroristen, indem es vermeintliche Drahtzieher des Aufstandes liquidiert, zeigt, dass das Land noch lange nicht mental in der Demokratie westlicher Provenienz angekommen ist. Diese Methoden werden von jeder beliebigen Diktatur angewandt. Im Gegensatz zu diesen bekennt sich Israel aber offen zu solchen staatsterroristischen Maßnahmen, und der Westen zeigt dafür auch noch Verständnis.

Wer die heutige desolate Lage in Palästina verstehen will, muss einen Blick auf den „Friedensprozess“ seit September 1993 werfen. Dieser Prozess hatte wenig mit Frieden in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes zu tun, sondern viel mit der Fortsetzung der Okkupation und deren völkerrechtlichen Legitimierung durch die Besetzten. Dieser „Friedensprozess“, so wie er angelegt war, musste zwangsläufig im Desaster enden, weil die verschiedenen israelischen Regierungen mit den Palästinensern nicht in ehrlicher Absicht verhandelt haben; sie wurden über die wahren Ziele getäuscht.

Bei einem „Friedensprozess“ hätte man erwartet, dass Israel seine kolonialistische Besiedlungspolitik besetzter Gebiete einstellt und die Verletzungen der Menschenrechte der Palästinenser beendet. Tatsächlich aber nehmen der Ausbau der Siedlungen und damit verbunden der Transfer israelischer Staatsbürger noch zu. Gleichzeitig begann man mit dem Bau eines separaten Straßensystems in der Westbank, das alle israelischen Siedlungen miteinander verband. Hinzu kam die Fortsetzung der moralisch höchst fragwürdigen Politik der Häuserzerstörungen. In der Zeit des „Friedensprozesses“ wurden fast 1.000 Häuser zerstört, weil sie – nach israelischer Lesart – ohne Baugenehmigung errichtet worden waren. Formell ist dies zwar richtig, aber es ist nur die halbe Wahrheit. Man sollte hinzufügen, dass Israel so gut wie keine Baugenehmigungen an die Palästinenser erteilt, um politisch bewusst Bevölkerungsdruck zu erzeugen. Letztendlich blieb den Menschen als Ausweg nur der „illegale“ Bau von Häusern. Diese Politik Israels ist moralisch höchst verwerflich, wird aber von Seiten des Westens völlig ignoriert.

Auch änderte sich in dieser Zeit Israels Politik der Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Palästinensern nicht. Folterungen, Liquidierungen unliebsamer Palästinenser, Schikanen auf politischem, ökonomischem und sozialem Gebiet gehören ebenso zum Alltag wie der „demographische Krieg“ gegen die Bewohner Ost-

Jerusalems, die man zu Tausenden durch den Entzug der Identitätskarte ihres Aufenthaltsrechts beraubt hat.

Gegenüber dieser Politik Israels schwiegen insbesondere die USA; auch die Europäische Union hielt sich mit Kritik zurück. Hier tat sich besonders der deutsche Außenminister Joschka Fischer hervor, der ein überaus großes Verständnis für Israel aufbrachte. Er war auch derjenige, der nach dem überhasteten Rückzug Israels aus dem Libanon im Mai 2000 400 libanesischen Kollaborateuren den Aufenthalt in Deutschland ermöglichte, ohne dass eine Überprüfung dieser Personen auf mögliche Kriegsverbrechen durch Den Haag stattgefunden hätte. Die Doppelmoral des Westens gegenüber der völkerrechtswidrigen Politik Israels trägt zu einer tiefen Frustration in der arabischen Welt bei. Sie sind auch eine der Ursachen, die von Osama bin Laden als Begründung für die Anschläge in den USA genannt worden sind. Eine Revision der Nahostpolitik der USA und der Europäischen Union ist mehr als überfällig, wenn sich die Kluft zwischen dem Westen und der arabischen Welt nicht noch weiter vertiefen sollte.

Welche Konsequenzen sollten die USA und die Europäische Union aus den Ereignissen des 11. September für ihre Nahostpolitik ziehen?

- Die USA müssen ihre Nahostpolitik in Bezug auf Israel und Palästina verändern. Sie müssen nicht nur der Internationalen Atomenergiebehörde den Zugang zu Israels Atomwaffenarsenal ermöglichen, sondern Israel zum Rückzug aus allen besetzten Gebieten bewegen. Die USA sind in den Augen der islamisch-arabischen Welt als alleinige Schutzmacht Israels für deren brutale Besatzungspolitik mitverantwortlich. Die arabische Welt fühlt sich dadurch kollektiv gedemütigt.
- Die USA müssen ihre doppelzüngige Politik gegenüber der arabischen Welt aufgeben. Einerseits verlangen die USA verbal die Demokratisierung dieser Region, andererseits unterstützen sie die arabisch-reaktionären Regime wie Saudi-Arabien, Kuwait und die Golf-Emirate. Die Kuwaitis warten heute noch auf die demokratischen Reformen, für die die USA in den Krieg gegen Saddam Hussein gezogen waren. Dagegen haben die USA Militärstützpunkte im saudi-arabischen Dahran und Riad und in Kuwait-City gebaut.
- Die Sanktionen gegenüber dem Irak sollten beenden werden, da sie fast einer Million Irakis das Leben gekostet haben, insbesondere Kinder. Das Land wurde auf das Niveau eines Drittweltlandes gedrückt. Dies wird als eine tiefe Demütigung der gesamten arabischen Welt wahrgenommen. Man kann nicht Krieg mit UN-Resolutionen wie gegen den Irak führen und den Anti-Terror-Krieg planen

und im Falle Israels die Missachtung aller UN-Resolutionen gutheißen und jede Kritik gegen das Land im UN-Sicherheitsrat mit einem Veto belegen.

- Die „Schurkenstaaten“-Doktrin gehört auf den „Müllhaufen der Geschichte“. Sie diene zur Durchsetzung der amerikanischen Vormachtstellung im Mittleren Osten und hat den Interessen der EU geschadet. Die Strategie des „dual-containment“ gegen den Iran und Irak ist mehr dem Einfluss Israels als den wahren nationalen Interessen der USA geschuldet.
- Die USA müssen begreifen lernen, dass es eine tiefe Abneigung gegen ihre Dritte-Welt-Politik gibt. Die Anliegen dieser Länder müssen ernster genommen werden. Das Verlassen der Antirassismuskonferenz in Durban war der jüngste Ausdruck amerikanischer und israelischer Arroganz und eine Verachtung der Ärmsten der Welt.
- Die Folgen der Globalisierung für die „Verdammten dieser Erde“ müssen mit berücksichtigt werden. Die einseitige ökonomische Interessenpolitik des Westens ist aufzugeben. Sie hat sich wie ein „Heuschreckenschwarm“ (Arundhati ROY) durch die armen Länder gefressen.
- Auf das Raketenabwehrsystem sollte verzichtet werden. Hätte es noch eines Beweises für die Unsinnigkeit dieses Projektes bedurft, so war es dieser schreckliche Anschlag. Das Raketenabwehrsystem entspringt dem Denken des Kalten Krieges.
- Die Europäische Union sollte verstärkt ihren Einfluss im Nahen Osten und gegenüber der Nahostpolitik der USA zur Geltung bringen, um eine gerechtere Lösung des Nahostkonfliktes zu erreichen. Die Reduzierung der Ursachen des Terrorismus auf den islamischen Fundamentalismus oder gar den Islam führt in die Irre.

Die USA sollten die Frustration in der arabischen und Dritten Welt zur Kenntnis nehmen. In der arabischen Welt herrscht eine Art Verzweiflung, und sie ist es, die den Fanatismus nährt. Diese Verzweiflung ist ein Resultat amerikanischer Politik im Nahen und Mittleren Osten. Eine Revision wird immer wieder von arabischer Seite angemahnt, aber bisher ohne Erfolg.

Im Sinne der Meinungsfreiheit ist zu hoffen, dass die Terroristen nicht auch noch die Tabuisierung berechtigter Kritik an politischen Missständen bewirkt haben. Was Kritik am imperialistischen Gehabe der USA oder an der Besatzungs- und Unterdrückungspolitik Israels mit Anti-Amerikanismus oder Antisemitismus zu tun hat, gehört zu den grotesken Erscheinungen in unserer Gesellschaft. Sollte sie kollektiv akzeptiert werden, steht es schlecht um die Meinungsfreiheit.